

Britische Haltung zur Politik

Die Vierteljahrsschrift *Political Quarterly*, die bei aller redaktionellen Unabhängigkeit ein akademisches Forum für sozialistische Gedankengänge darstellt, hat wieder ein Sonderheft (I/1959) herausgebracht, das dem Problem der „britischen Haltung zur Politik“ gewidmet ist und eine Fülle höchst interessanter Beiträge enthält. Der Labour-Abgeordnete *James MacColl* erklärt die „Mäßigung“ in den Wahlprogrammen der beiden Parteien damit, daß extremistische Vorschläge zwar großen Enthusiasmus erregen, aber nur bei denen, auf deren Stimme eine der beiden Parteien ohnehin zählen kann; es komme jedoch auf die Grenzschichten an, die durch Radikalismus jeder Art nur abgeschreckt werden könnten. Wie ist es aber zu erklären, daß immer noch ein gutes Drittel der Arbeiterklasse für Kandidaten der Konservativen Partei stimmt, „in der sie keine wirksame Stimme haben kann, da konservative Abgeordnete aus dem Arbeiterstand ganz seltene Ausnahmen sind?“ Die Antwort mag sein, sagt der Autor, „daß sie keine wirksame Stimme haben wollen. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß jeder durch einen Abgeordneten seiner Kategorie vertreten sein will.“ Die Erfahrungen würden aber beweisen, daß gewerkschaftlich organisierte Menschen, erzogen im Geiste der Solidarität, eher für Labour stimmen als nicht organisierte Arbeiter: „Jene, die sich ihrer gemeinsamen Interessen mit anderen am stärksten bewußt sind, dürften auch der parlamentarischen Vertretung dieser Interessen das größte Gewicht beilegen. Daraus ist die Bewegung zu-

gunsten einer unabhängigen Arbeitervertretung erwachsen.“

Die Skepsis des Durchschnittsbriten der Politik gegenüber wird von Professor *Harding* (Universität London) in seinem Beitrag gut charakterisiert:

„Die Briten werden vielleicht plötzlich finden, daß sie etwas tun, was sich später als eine politische Revolution darstellt, aber sie würden keinen Übereifer entwickeln, sich in eine politisch definierte Revolution zu stürzen, um jene sozialen Reformen zu erobern, um die es ihnen im Augenblick am meisten geht . . . Sie sind daran gewöhnt, daß mit der Änderung der Verhältnisse und dem Aufkommen neuer sozialer Aspekte jede Partei Maßnahmen durchzuführen hat, die sie vielleicht vor zehn Jahren verdammt hätte.“

Lord *Attlee* erzählt einiges aus seinen Erfahrungen über die Einstellung von Parlamentariern zur Politik.

Ein Aufsatz von *H. M. Waddams*, einem Funktionär der Church of England, beleuchtet die Haltung der Kirchen zur Politik, die in der Vergangenheit sooft den politischen und sozialen Fortschritt beflügelt hat. Alle Christen in Großbritannien, lautet die Schlußfolgerung des Verfassers, „mißbilligen den Gedanken, christliche politische Parteien zu bilden, wie sie auf dem europäischen Festland bekannt sind, und beglückwünschen sich dazu, daß sie dem entgangen sind. Sie haben mehr die Durchdringung aller politischen Parteien mit christlichem Geist als ihr Ziel erkannt denn einen Versuch, ein bestimmtes politisches Programm einem anderen als ‚mehr christlich‘ vorzuziehen. Sie sind froh darüber, daß alle drei Parteien unter ihren Parlamentariern eine große Zahl kirchengläubiger Christen haben.“

Die Besprechung der Haltung der *Gewerkschaften* zur Politik wurde bezeichnenderweise nicht einem Gewerkschafter, sondern einem Redakteur der konservativen *Financial Times* (*Michael Shanks*) anvertraut, der sich der Aufgabe mit bemerkenswerter Objektivität unterzogen hat. Im Mittelpunkt seiner Betrachtungen stehen natürlich die Beziehungen des Gewerkschaftsbundes und der einzelnen Verbände zur Arbeiterpartei. Obwohl er zu dem Schluß kommt, daß der Gewerkschaftsbund in der Labour Party nicht sosehr einen Motor sozialer Änderungen als einen Schutz gegen eine eventuelle Reaktion sieht, glaubt er doch, daß eine Auflösung oder radikale Umgestaltung der bestehenden Bindungen sehr unwahrscheinlich ist. Daß die höchstens 20 000 kommunistischen Parteimitglieder unter mehr als 8 Millionen Gewerkschaftern einen überdurchschnittlichen Satz an Funktionären stellen, erklärt er zu Recht mit ihrer Bereitschaft, sich für alle noch so zeitraubenden Funktionen zur Verfügung zu stellen und außerdem mit der Tatsache, daß sie als einzige einen Block bilden und eine gemeinsame Strategie haben.

William Pickles, Dozent für politische Wissenschaft und zugleich Berater der Arbeiterpartei in Fragen der Rundfunk- und Fernsehpropaganda, steuert einige wertvolle Betrachtungen über die Einstellung zu politischen Problemen im Fernsehzeitalter bei. Man mag über die Verflachung des Interesses für politische Probleme jammern, die davon herrührt, daß man sie einem täglichen Fernsehpublikum von 10 bis 20 Millionen mundgerecht machen muß. Man kommt aber doch nicht daran vorbei, daß die führenden Politiker heute im Lande viel besser bekannt sind als früher und daß z. B. der gegenwärtige Premierminister *Macmillan*, der der breiten Masse noch vor etwa 2 Jahren eine ganz fremde Erscheinung war, sich mittels des Fernsehens eine gewisse Popularität aufgebaut hat — das gleiche gilt für den Führer der Opposition *Hugh Gaitskell*. Pickles kommt zu interessanten Schlußfolgerungen:

„Die Zuhörer- und Zuseherschaft bei den politischen Programmen ist in den letzten Jahren herangewachsen und besteht aus Menschen eines Typs, der vor 20 oder 30 Jahren höchstens die Zeitung einer Partei gelesen und kaum je den Standpunkt der Gegenseite gehört hat. Es ist ein Publikum, das einen weit höheren Grad an politischer Erziehung erhält und ein viel kleineres Maß an politischer Propaganda vorgesetzt bekommt als die vorhergehende Generation. Ist das vielleicht die teilweise Erklärung des Rückganges der politischen Temperatur? Hat das vielleicht die Parteien einander näher gebracht, als es sonst der Fall gewesen wäre, und zwar durch Schaffung einer zahlenmäßig größeren Schicht von nicht festgelegten Menschen, um deren Stimme man aber doch kämpfen muß?“ (Hier muß allerdings eingefügt werden, daß Rundfunk und Fernsehen in England von

einer vorbildlichen Objektivität sind und Regierung und Opposition absolut mit dem gleichen Maß messen.)

Professor *Robson* und *W. T. Rodgers*, Generalsekretär der Gesellschaft der Fabier, schließen das Heft mit aufschlußreichen Betrachtungen über britisches Schul- und Erziehungswesen, Demokratie und politische Bildung ab. Die Demokratisierung der Erziehung durch Labours Reformen — drei Viertel der Hochschüler in Oxford und Cambridge erhalten heute in irgendeiner Form Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln — hat das erstaunliche Ergebnis gehabt, daß die Hochschülerschaft heute viel unpolitischer ist als früher:

„Die heutige Studentengeneration weiß überhaupt nichts mehr von der Vorkriegswelt (der Massenarbeitslosigkeit) oder den in die Reformen der Nachkriegszeit gesetzten hohen Erwartungen. Der Neuling an der Universität war zwei Jahre alt, als der Beveridge-Plan veröffentlicht wurde, und fünf, als Labour an die Macht kam. Er ist im Wohlstand aufgewachsen, gestützt von den Einrichtungen des Wohlfahrtsstaats, der für die eine Partei das letzte Wort in politischen Errungenschaften scheint und bei dem die andere nur die angeblichen Auswüchse kritisiert.“

Immerhin bekennt sich in Oxford (allerdings nur dort) mehr als die Hälfte der Studentenschaft zu einem der drei politischen Klubs; der Konservative hat eine Mitgliedschaft von 2000, der sozialistische 1200 und der liberale 800.

Dr. J. W. Brügel

Europa und die Welt

Das *Europa-Archiv* erscheint jetzt, im 14. Jahrgang, als Halbmonatsschrift der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und ihres Forschungsinstituts in Frankfurt (Myliusstr.20). Aus dem reichen Inhalt des ersten Heftes des Jahres 1959 heben wir hervor: Die sowjetische Politik in den Entwicklungsländern (Pietro Quaroni) — Kulturelle Probleme der deutschen Politik in den Entwicklungsländern Asiens und Afrikas (Theodor Steltzer) — Aktuelle Aspekte der chinesisch-sowjetischen Beziehungen (Hans-Georg Glaser) — Dokumente zur Veränderung der Gesellschaftsstruktur in der Volksrepublik China. Dann im Doppelheft 2/3: Die britische Haltung zum „Disengagement“ seit der Suez- und Ungarnkrise (J. W. Brügel) — Dreijährige Bilanz der Westeuropäischen Union (Per Fischer). Und in Heft 4: mehrere Aufsätze über das Frankreich de Gaulles und Dokumente zur europäischen Handels- und Währungspolitik.

Osteuropa (Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart) bringt in den ersten Heften des 9. Jahrgangs mehrere besonders beachtenswerte Arbeiten über kulturelle Probleme der Ostblockstaaten; so in Heft 1 eine Untersuchung „Das sowjetische Unterrichtswesen und die asiatischen Völker“ (Hélène Carrère d'Encausse) und in

Heft 2/3: „Hochschulwesen und Wissenschaft in Polen“ (Karl Hartmann) und drei Aufsätze über das sowjetische Schulwesen; auch auf die Arbeit „Wandlungen der Sozialstruktur im europäischen Vorfeld der Sowjetunion seit 1945“ (Helmut Klocke) in diesem Doppelheft und auf einen Aufsatz „Die Sowjetunion, Asien und der Faktor Tempo“ von Klaus Mehnert (Heft 1) sei hingewiesen.

Offene Welt (Westdeutscher Verlag Köln) widmet Heft 59 unter dem Titel „Initiativen zum Weltfrieden — Partnerschaft weltoffener Gesellschaftssysteme mit den Entwicklungsländern“ der Wiedergabe der Referate, die auf der 9. Jahrestagung der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 in der Frankfurter Paulskirche am 30. Januar 1959 gehalten wurden (vgl. GM 1959/3, S. 181 f.). Besondere Beachtung verdient das Podiumsgespräch unter der Leitung von Prof. Dr. Richard F. Behrendt, an dem für den DGB Dr. Küppers teilnahm.

Mehrere wertvolle Beiträge über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme

Asiens und Nordafrikas finden wir in den *Frankfurter Heften* (März). *Dokumente* (Köln) kann einen zuerst in *Foreign Affairs* (Oktober 1958) veröffentlichten Aufsatz „Afrika und der Westen“ aus der Feder des Ministerpräsidenten von Ghana, Dr. Kwame Nkrumah, in deutscher Übertragung vermitteln; im gleichen Heft verschiedene Aufsätze über das heutige Frankreich, u. a. von Joseph Rovin, mit kurzen Texten von Mendès-France, Debré, Soustelle, Mitterand u. a. Im *Monat* (126) berichtet der englische Labour-Abgeordnete Richard Crossman über eine China-Reise.

Im *Wirtschaftsdienst* (Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv) Nr. 1 schreibt Dr. Ahmed Muddathir, Autor des wichtigen Buches „Die Industrialisierung der wirtschaftlich unterentwickelten afrikanischen Länder und ihre Auswirkung auf die Weltwirtschaft“ (Berlin 1957 — vgl. GM 1959/2, S. 98—102), über die Möglichkeiten der privaten Kreditgewährung für die Finanzierung von Entwicklungsvorhaben.

W. F.